

Philippinen 2000:

Cha-Cha läßt den Tiger lahmen

Präsident Ramos gerät an vielen Fronten gleichzeitig unter Druck

von Rainer Werning

Auf Straßen und Plätzen wird wieder getanzt und demonstriert. Derweil schmolzt der starke Mann im Präsidentenpalast Malacanang. Es gehört, besonders in Zeiten politischer Polarisierung, zur Kultur des Widerstandes in diesem südostasiatischen Inselstaat, Akronyme zu prägen: "Cha-Cha" — für Charter Change, Änderung der Verfassung also — halte es hinaus und als Echo schallte "Samba" — philippinische Abkürzung für "grundlegende Anliegen des Volkes" — zurück. Das Land rüstet sich für die Präsidentschaftswahl im nächsten Jahr. Für BewerberInnen und KritikerInnen läuft der Wahlkampf längst auf Hochtouren.

Vor 25 Jahren hatte der damalige Diktator Ferdinand E. Marcos über den Archipel das Kriegsrecht verhängt. Im Februar 1986 wurde er durch machtvolle Demonstrationen und Protestkundgebungen vom Sockel gestoßen und samt seinem Troß ins Exil auf Hawaii gezwungen. Heute besinnen sich die Filipinos und Filipinas wieder der Tugend öffentlichen Widerstandes. Immerhin ist dieser in den politisch aufgewühlten Monaten vor dem Diktatorsturz als »Parlament der Straße« geschichtsträchtig geworden. Allein Ende September waren landesweit Hunderttausende — in der Hauptstadt gut eine halbe Million Menschen, darunter Manilas Erzbischof Jaime Kardinal Sin und Ex-Präsidentin Corazon Aquino — auf den Beinen, um lautstark gegen ein Relikt aus der Marcos-Ära Front zu machen.

Zwielichtiges Marcos-Erbe

Das hat den seit Sommer 1992 amtierenden Präsidenten, Ex-General Fidel V. Ramos, denn doch böse erwischt. Einst neben Verteidigungsminister Juan Ponce Enrile Marcos' wichtigster Kriegsrechtsverwalter, Chef der damals wegen massiver Menschenrechtsverletzungen berüchtig-

ten paramilitärischen Nationalpolizei (*Philippine Constabulary/Integrated National Police*) und unter der Marcos-Nachfolgerin Aquino hurtig gewendeter Generalstabschef und späterer Verteidigungsminister, hatte Ramos seinen Untertanen ein verheißungsvolles Vermächtnis hinterlassen wollen: Sein ambitionierter Plan »Philippinen 2000« sollte dem wirtschaftlichen Schwächling in Ostasien/Pazifik den langersehnten Anschluß an die benachbarten Tiger-Ökonomien und dem Land endlich die Mitgliedschaft im Klub der Neureichen dieser Boom-Region bescheren. Da seine Amtszeit aber offiziell im Sommer 1998 endet und eine Wiederwahl gemäß der bestehenden Verfassung aus dem Jahre 1987 nicht möglich ist, haben sich seit dem Frühjahr schillernde Freunde und Gönner des Präsidenten für ihn, der ihnen in Personalunion als Visionär, Macher und Politmacho gilt, stark gemacht und eine Verfassungsänderung auf ihre Fahnen geschrieben. Das Kalkül: Sollte eine solche Änderung durchgesetzt werden können, verlängerte sich außer der Amtszeit des Präsidenten auch diejenige von Senatoren sowie Regional- und Lokalpolitikern. Das verspräche ungebrochene politische Macht und garantierte überdies fortgesetzt Pfründe.

Zwar hat der Oberste Gerichtshof der Philippinen erst einmal eine Ver-

fassungsänderung verworfen. Doch aus den genannten Gründen machen immer noch nennenswerte Kräfte aus Politik und Wirtschaft gegen dieses Urteil mobil. Erst recht in Wahlkampfzeiten, die stets weniger von ideologischen, parteipolitisch motivierten Differenzen getrübt, sondern von kapriziösen Allianzen publicity- und machthungriger »Trapos« (traditioneller Politiker) samt ihrer betuchten Klientel geprägt sind. Ramos, der sich öffentlich noch nicht auf die Protektion eines Kandidaten festlegen mochte, spielte in dieser höchst emotional geführten Debatte eine zwielichtige Rolle. Einerseits hat er sich gegen jedwede Verfassungsänderung und somit gegen eine Verlängerung seiner Amtszeit ausgesprochen. Zum anderen aber ließ er die BefürworterInnen einer solchen Initiative, im Hintergrund gelenkt von seinem Sicherheitsberater José Almonte, auch er ein Ex-General, unbekümmert gewähren und nahm billigend deren Aufzüge in Kauf. Manilas einflußrei-

Der Autor ist Politik- und Sozialwissenschaftler und arbeitet als Geschäftsführer der in Freiburg i.Br. ansässigen Stiftung für Kinder, die schwerpunktmäßig in den Südpalippen mit der Betreuung kriegstraumatisierter Kinder engagiert ist.

cher Erzbischof Sin attackierte den Protestanten Ramos daraufhin in ungewöhnlich scharfer Form und warf dem Präsidenten eine erfolglose Politik vor. Für die meisten Filipinos und Filipinas, so der Kardinal, sei das Leben während der Ramos-Regentschaft härter, keinesfalls aber besser geworden. Renato de Villa, der erst vor kurzem als Verteidigungsminister demissionierte, um sich nunmehr als Präsidentschaftskandidat zu empfehlen, drohte gar, mit allen Mitteln gegen eine neuerliche Ausrufung des Kriegsrechts vorzugehen, sollte Ramos jemals einen solchen drastischen Schritt zur vermeintlichen Entschärfung der innenpolitischen Krise erwägen.

Gebeutelte Wirtschaft — getrübe Visionen

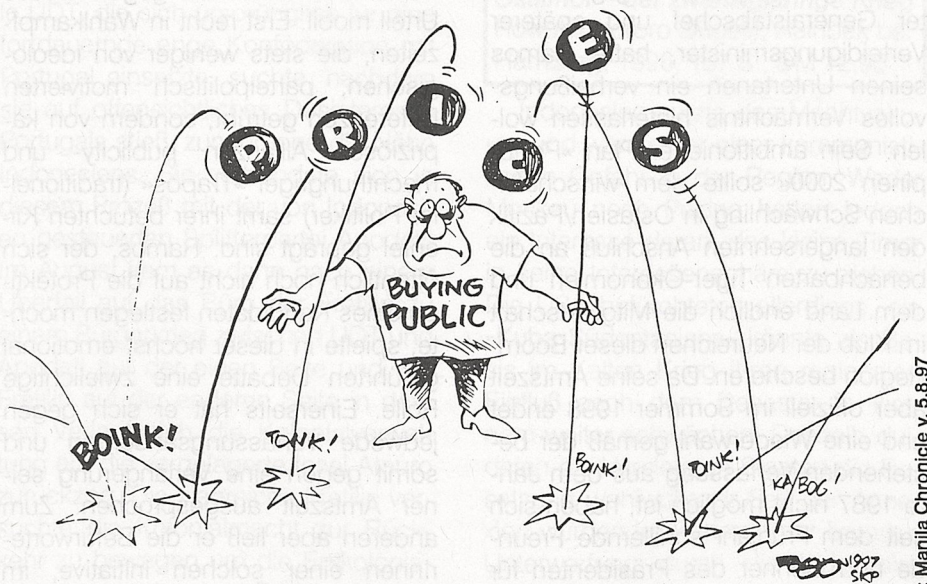
Im Showdown um die Verfassungsänderung hat vorerst das »Parlament der Straße«, diesmal in Gestalt fortschrittlicher und linker, säkularer sowie kirchennaher Kräfte, obsiegt. Noch während dieser Debat-

Quasi über Nacht schien Ramos' Vermächtnis »Philippinen 2000« zu einem Torso zu verkümmern. Was bleibe, so frozelt die wachsende Schar seiner KritikerInnen, sei bestenfalls eine Light-Variante oder lediglich ein Plan »Philippinen 3000«.

Um eine Spekulationswelle gegen die Landeswährung, den Peso, abzuwehren, gab die philippinische Zentralbank Mitte Juli den Pesokurs frei und ließ ihn floaten. Waren zu der Zeit für einen US-Dollar 26,30 Pesos zu bezahlen, sind es gegenwärtig zirka 34 Pesos. Massive Peso-Aufkäufe der Zentralbank zur Stützung der Währung und drastische Zinserhöhungen vermochten dennoch nicht die Flucht aus dem Peso zu stoppen. Umgerechnet mindestens zwei Milliarden US-Dollar soll diese Operation die Zentralbank nach Schätzungen philippinischer Finanzexperten gekostet haben. Ramos' Ziel, ein dauerhaftes Wachstum des Bruttosozialprodukts von jährlich sechs bis acht Prozent zu realisieren und die Inflationsrate einstellig zu halten, ist damit verfehlt. Die spürbaren Folgen des drastischen Währungsschnitts: höhe-

Dabei hätte, so jedenfalls war es geplant, Manila im Sommer gern das 35jährige Engagement des *Internationalen Währungsfonds (IWF)* mit seinen insgesamt 23 IWF-Programmen auf den Inseln terminiert gesehen. Statt dessen stellte der IWF zu Beginn der Währungskrise unverzüglich einen mit 600 Millionen US-Dollar vergleichsweise mageren Stützungskredit bereit (im Falle Thailands betrug dieser immerhin annähernd 17 Mrd. \$) und signalisierte die Bereitschaft, die Bitte der Ramos-Administration um weitere Zusammenarbeit positiv zu bescheiden. Experten in Manilas mondämem Finanzdistrikt Makati sehen in der Währungskrise in Südostasien einen Beleg dafür, daß der Aufschwung der (nach Südkorea, Hongkong, Taiwan und Singapur) zweiten Generation der sogenannten Tigerstaaten erst einmal gebremst ist und mindestens zwei Jahre zur Erholung der tiefgreifenden Schocks benötigt werden. Im Vorfeld der diesjährigen IWF-WB-Tagung in Hongkong (Ende September) waren denn auch deutlich kritischere Töne als in den vorangegangenen Jahren zu vernehmen. Die streckenweise sklavische Befolgung der IWF-Vorgaben und die langjährige Bindung der regionalen Währungen an den US-Dollar, so der bittere Kommentar einiger Beobachter, hätten schließlich dazu geführt, innenpolitische Probleme zu schüren, strukturelle Probleme nicht rechtzeitig erkannt und hohe Leistungsbilanzdefizite angehäuft zu haben. Woher der auf einer Pressekonferenz gegen Ende der Hongkonger Tagung zur Schau getragene Optimismus des WB-Präsidenten James D. Wolfensohn rührte, ausgerechnet den Philippinen zu attestieren, sie hätten die Währungskrise recht gut gemeistert (»survived the currency turmoil pretty well«), blieb letztlich sein Geheimnis.

So wenig Ramos der große Tigersprung geglückt ist, so mager fallen die Ergebnisse seiner sogenannten *Social Reform Agenda* und jene der noch unter seiner Vorgängerin Aquino eingeleiteten Agrarreform aus. Durch erstere hätten die Lebensverhältnisse der Bevölkerung spürbar verbessert, ihr jährliches Durchschnittseinkommen auf umgerechnet mindestens 1000 US-Dollar angehoben und landesweit der Ausbau sozialer Einrichtungen und infrastrukturelle Vorhaben



te erhielt der Präsident einen zusätzlichen Dämpfer. Als die Währungen der Anrainerstaaten und Verbündeten im Rahmen des seit nunmehr 30 Jahren bestehenden Regionalbündnisses ASEAN (*Vereinigung südostasiatischer Nationen*) aus den Fugen gerieten, vor allem der thailändische Baht, der malaysische Ringgit und die indonesische Rupiah binnen weniger Tage etwa 30 Prozent ihres Werts einbüßten, läuteten schließlich auch in Manila die Alarmglocken.

re Preise, teurerer Schuldendienst und eine stagnierende Wirtschaft, in die in der Vergangenheit weitaus mehr spekulative Gelder denn Kapital für produktive Zwecke geflossen ist. Vergleichbar mit der Entwicklung in Bangkok und Kuala Lumpur hat ebenfalls der urbane Moloch Manila einen immensen Bauboom erlebt, der zeitweilig die Immobilienpreise exorbitant in die Höhe schnellen ließ, um sie heute wegen Überkapazitäten ebenso rasch schrumpfen zu sehen.

zünftig vorangetrieben werden sollen. Von alledem ist man aber weit entfernt. Noch immer sehen sieben von zehn Filipinos und Filipinas in ihrem Leben keinen Arzt.

In der mittlerweile zirka 12 Millionen Menschen zählenden Metropole Manila lebt nach wie vor mindestens ein Viertel der Bevölkerung in Slumagglomerationen ohne Zugang zu sanitären Einrichtungen und sauberem (Trink)Wasser. Die angesehene katholische Menschenrechtsorganisation *Task Force Detainees of the Philippines (TFDP)* spricht in ihren jüngsten Untersuchungen von 80.000 Menschen, die allein im vergangenen Jahr aufgrund von Militarisierung und

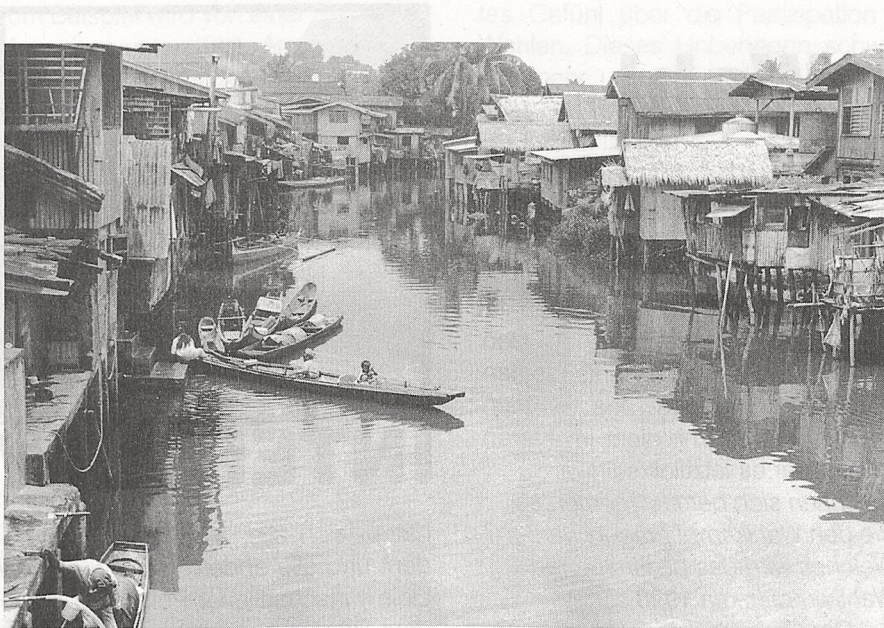


Foto: Archiv philippinenbüro

aggressiver Entwicklungspolitik Opfer von Zwangsevakuierungen geworden sind. Die überaus schleppende Agrarreform hat der beredte Altbischof von Bacolod City, Antonio Fortich, anschaulich charakterisiert. Sie sei, so Fortich, zwar lieblich anzusehen wie eine Wasserlilie, aber ihre Wurzeln finden keinen Halt. In einigen Regionen des Landes gab es tatsächlich kein Halten bei der Zweckentfremdung landwirtschaftlicher Böden: Allein 1994 waren davon über 160.000 Hektar Land betroffen. Gut 40.000 Hektar landwirtschaftlicher Boden wurden in Touristenzentren umgewandelt oder sonstigem kommerziellen oder industriellen Gebrauch zugeführt. Annähernd 11.000 Hektar fruchtbarer Grünflächen und wasserhaltigen Landes wurden landesweit in 150 Golfplätze umfunktio-

Ungewisse Sicherheitslage im Süden

Ein Jahr nach Unterzeichnung des am 2. September 1996 in den Medien vielgepriesenen Friedensabkommens zwischen der Regierung und der *Moro Nationalen Befreiungsfront (MNLF)* läßt die von Ramos zugesagte Hilfe für die muslimische Bevölkerung im Süden des Landes auf sich warten. Diese Verzögerung, so desillusionierte Weggefährten des MNLF-Vorsitzenden *Nur Misuari* gegenüber dieser Zeitschrift, könnte den gesamten Friedensprozeß scheitern lassen. Bereits jetzt hat sich ein Großteil der

vormaligen bewaffneten Kämpfer der *Bangsa Moro Armee (BMA)*, des bewaffneten Arms der MNLF, auf die Seite der mit der MNLF rivalisierenden *Moro Islamischen Befreiungsfront (MILF)* geschlagen. Diese kämpft noch immer für einen unabhängigen Staat — ein aufgrund der jeweiligen Sicherheitsinteressen der Anrainer Indonesien und Malaysia letztlich zum Scheitern verurteiltes Projekt — und hat es in einigen Gebieten der Südspitze Mindanao (vor allem in der Provinz Maguindanao) vermocht, etwa 60 Prozent früherer BMA-Kämpfer für ihre Ziele zu gewinnen. Vor allem verübelt die Führungsspitze der MILF Misuaris den Deal mit Ramos, der unter anderem vorsieht, insgesamt 7500 Mann der MNLF/BMA in die Streitkräfte und Polizeiverbände des Landes zu integrieren. Mit der Konsequenz, daß nunmehr auch diese

Truppen zu Kampfeinsätzen gegen die MILF abkommandiert werden.

Misuari, der außerdem in der noch unter Präsidentin Aquino geschaffenen und aus vier Provinzen gebildeten *Autonomen Region von Muslim Mindanao (ARMM)* Gouverneur ist, hat sich seit dem spektakulären Schulter-schluß mit Ramos mehr außerhalb Mindanaos aufgehalten als sich um die Belange vor Ort gekümmert. Selbst Auslandsreisen hat er teilweise gemeinsam mit Ramos unternommen — so vor allem in den Nahen und Mittleren Osten —, um verstärkt für ausländisches Kapital zu werben und Investoren anzulocken. Eine eigens geschaffene Behörde zur Realisierung einer lange gehegten Regionalentwicklung mit dem Kürzel *BIMP-EAGA (Brunei, Indonesien, Malaysia, Philippinen — Ostasiatische Wachstumsregion)* mußte sich bislang mehr mit sich selbst als mit der Verwaltung zufließender Gelder befassen. Um einen solchen Plan effektiv durchzusetzen, bedarf es eines entsprechend in Finanz-, Wirtschafts- und administrativen Fragen geschulten Kaders. Der aber ist im engsten Umfeld von Misuari nicht auszumachen. Etliche kompetente und einst enge Mitstreiter Misuaris haben sich wegen seines selbstherrlichen Führungsstils enttäuscht von ihm abgewandt und bemängeln, daß er sich zunehmend mit Speichelleckern umgeben und den Bezug zur Realität verloren habe.

Selbst in den Regionen unter Misuaris unmittelbarer politischer Kontrolle, in den Provinzen Sulu, Basilan, Tawi-Tawi und Maguindanao, ist bislang nichts an materiellen Segnungen durchgesickert, um die Lebensverhältnisse der Bevölkerung dort auch nur ansatzweise zu verbessern. Das Wirtschaftsgefälle zwischen der fernen Hauptstadt Manila im Norden und diesen Regionen im Süden ist nach Berechnungen der UNDP, des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen, vergleichbar dem zwischen Südkorea und Bangladesch.


Linke in Lauerstellung

Alle diese Entwicklungen haben der jahrelang zersplitterten und sich zeitweilig in heftigen Grabenkämpfen gegenseitig befehdeten Linken im Lande unerwartet Auftrieb verschafft.

Wenngleich die NDFP/PPP mitsamt ihrer bis Mitte der achtziger Jahre weltweit am schnellsten expandierten Guerilla, der *Neuen Volksarmee (NPA)*, ihre politisch-ideologische Vormachtstellung im linken Spektrum eingebüßt hat und der einst relativ homogene national-demokratische Block nicht mehr existiert, ist doch unbestritten, daß der überwiegende Teil der heutigen fortschrittlichen und linken Gruppierungen ihre Sozialisation und organisatorischen Fähigkeiten eben der NDFP verdanken. Ihre alten Kader um Sison, die sogenannten *Reaffirmists*, setzen auf Zeit und spe-

kulieren auf eine langsame, doch stetige Konsolidierung im Hinterland und Reaktivierung ihrer Massenorganisationen in den städtischen Zentren. Die sogenannten *Rejectionists*, mittlerweile selbst in vielfältige Initiativen, Parteien und Gruppierungen zerfasert und vornehmlich in den Großstädten aktiv, setzen demgegenüber auf neue Formen politischer Mobilisierung und Organisation jenseits der von den *Reaffirmists* ungebrochen verfolgten Strategie des langwierigen Volkskrieges. *"Grass Roots Empowerment"* ist ihr großes Ziel in kleinen Schritten — die Befähigung der Basis, in sämtli-

chen Lebensbereichen durch beharrliche Aufklärung, Schulung und Erziehung als politisch selbst- und verantwortungsbewußte BürgerInnen in Erscheinung zu treten. Nicht schlecht, wenn sich beides miteinander verknüpfen ließe.

Auf der etwa 600.000 TeilnehmerInnen zählenden Großdemonstration in Manila am 21. September waren jedenfalls beide "Fraktionen" zugegen — wenn schon nicht vereint, so doch einig darin, daß linke Perspektiven zumindest nach Ramos keineswegs verschüttet sind. 

Die Qual der Wahl

Ein Gespräch mit Walden Bello über den (Vor-) Wahlkampf, geführt am 26. Nov. 1997 mit Katharina Stahlenbrecher im philippinenbüro, Essen.

Frage: Walden, Sie waren während des Sommersemesters in den Philippinen. Berichten Sie doch bitte vom Wahlkampf dort und von den letzten Vorbereitungen dazu.

■ **Walden Bello:** Bis etwa vor einer Woche war es allen ein Anliegen, ob Präsident Ramos noch einmal kandidieren würde. Es war die Frage, ob er für eine Verfassungsänderung kämpft, die ihm und den Abgeordneten eine erneute Kandidatur erlauben würde. Wie Sie wissen, gibt es in den Philippinen eine Beschränkung auf eine Amtsperiode, die für viele jetzt bedeutet, nicht mehr zur Wahl stehen zu können. Aber eine Großkundgebung im Luneta-Park mit sechs- bis siebenhunderttausend Teilnehmenden hat die klare Botschaft an Mr. Ramos gerichtet, nicht die Verfassung zu ändern und kein zweites Mal zu kandidieren. Daraufhin hat er betont, daß er sich definitiv kein zweites Mal um die Präsidentschaft bewirbt. Die Mehrheit der Bevölkerung ist jetzt überzeugt, daß er Wort hält.

Jetzt beginnt die Zeit des Positionserganges zwischen den verschiedenen Präsidentschaftskandidatinnen. Jetzt ist der Ring frei. Personen erklären ihre Bereitschaft zu kandidieren und sind in der Phase, Geld für ihren Wahlkampf zu akquirieren. Die Parteien — sowohl die der Regie-

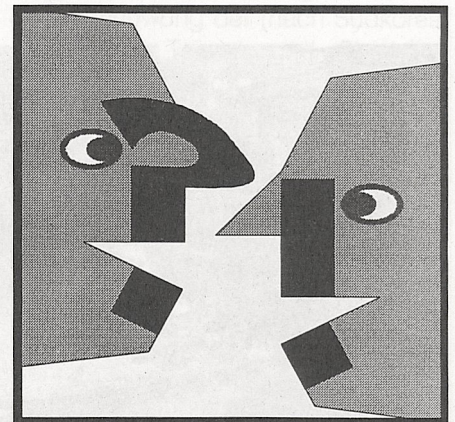
rung als auch die der Opposition — stehen unter dem Druck, in den nächsten zwei Monaten entscheiden zu müssen, wen sie ins Rennen schicken. Ich bin mir nicht im Klaren darüber, wer es letztlich sein wird.

Zeichnen sich bereits Themen ab, die den Wahlkampf prägen werden? Welches wird das bestimmende Wahlkampfthema 1998 sein?

■ Der Charakter des Vizepräsidenten (Estrada, Anm.d.Ü.) wurde zum Thema gemacht. Er hat ein paar prominente GegnerInnen, die sagen, er könne aufgrund seines unmoralischen Charakters kein Präsident sein. Ihm werden vier oder fünf Liebschaften zugeschrieben und Trunksucht. Es wird thematisiert, daß er keinen guten Repräsentanten der Philippinen abgeben könne.

Dann werden Miriam Defensor und der Vizepräsident attackiert, weil sie sich in wirtschaftlichen Belangen nicht auskennen. Sie verstehen nichts von Ökonomie, und die Gefahr besteht, wieder in die Zeit des wirtschaftlichen Protektionismus zurückgeworfen zu werden. Das wiederum würde ein niedrigeres Wirtschaftswachstum nach sich ziehen.

Und jetzt, da die Ökonomie kollabiert, rückt die Wirtschaft selbst in das Zentrum der Aufmerksamkeit. Vor Juli, vor der Abwertung des Peso,



INTERVIEW

hatten sich alle, auch der Vizepräsident und alle andern, auf die gleiche Linie wirtschaftlicher Politik wie Präsident Ramos begeben, um das »Wirtschaftswunder« fortzuführen. Jetzt stellt sich heraus, daß diese Politik nicht funktioniert. Der Peso ist gefallen und uns steht eine Rezession ins Haus. Jetzt wird die Wirtschaftspolitik auf die Tagesordnung gesetzt. Da NIC 2000 (*Die Philippinen als Newly Industrialized Country bis zum Jahre 2000, das Ziel der Ramos Regierung, Anm. d.Ü.*) offensichtlich nicht in Erfüllung geht, werden sich viele, auch diejenigen, die von Präsident Ramos vorgeschlagen werden, von der wirtschaftlichen Plattform Ramos' entfernen.

War Cha Cha (Charter Change) als Teil der Vorbereitungsphase vielleicht nur ein Ablenkungsmanöver?

■ Ramos selber ist immer noch ein vieldiskutiertes Thema. Viele glauben weiterhin, daß er erneut

K. Stahlenbrecher ist Geschäftsführerin des Philippinenbüros, Essen.